

Femstreik 2026, Rede

Ich gehöre zu den Leuten, die in diesem Kontext wenig zu verlieren haben. Ich bin eine linke Frau mit ausländischem Namen. Meine Meinung ist bekannt, mein politisches Kapital war nie gross. Ich bin nicht gewählt, ich muss keine Koalitionen pflegen, ich arbeite für eine Partei, die sich seit ihrer Gründung klar feministisch positioniert.

Und trotzdem: Selbst ich habe in der Vergangenheit zweimal überlegt, wann und wo ich über Schwangerschaftsabbruch spreche. Ich habe es als Kandidatin im Wahlkampf nicht zur Kernforderung gemacht, ich habe gezögert, eine vermeintliche Selbstverständlichkeit laut zu fordern. Nicht aus Überzeugung. Aus Kalkül. Aus der stillen Hoffnung, dass es vielleicht nicht nötig sein würde. Dass eine Gleichstellungsstrategie kommt, die den Namen verdient. Dass internationale Verpflichtungen und wiederholte Forderungen von Menschenrechtsgrößen die Politik ins Handeln bringen. Und auch aus Angst vor dem Backlash. Aus Angst, als Staatsfeindin zu gelten. Aus Angst, dass die simple Forderung nach dem Recht über den eigenen Körper gegen mich verwendet wird.

Ich kenne die kritischen Stimmen. Ich habe sie in meinem Kopf gehört, lange bevor sie nun von aussen kommen. Das erzähle ich euch nicht, um Mitleid zu erregen.

Ich erzähle es, weil ich weiss: Wenn ich schon gezögert habe – ich, die objektiv wenig zu verlieren hat – wie geht es dann denen, die wirklich etwas riskieren? Die Ärztin, die nicht sagen darf, was sie eigentlich weiss. Die Frau, die alleine entschieden hat und niemandem davon erzählt.

Ich erzähle das, weil ich weiss, was die Zurückhaltung bedeutet und wem sie schadet. Und weil ich weiss, woher sie kommt. Sie ist kein persönliches Problem. Sie ist politisch produziert. Und sie hat eine Geschichte:

2015 schaffte der Landtag das Weltrechtsprinzip beim Schwangerschaftsabbruch ab. Nach jahrelangem Ringen einigte man sich auf einen Kompromiss, der von Befürworter:innen der Fristenlösung schon damals kritisiert wurde. Nicht weil der Schritt falsch war. Sondern weil er so gebaut war, dass danach nichts mehr kommen sollte. Das eigentliche Verbot blieb. Das Informationsverbot für Ärzt:innen blieb. Die Kostenfrage blieb. Das Stigma blieb. Die Stille blieb. Liechtenstein lagerte das Problem aus. Verschob es über die Grenze.

Wenn seither darüber gesprochen wird, dann in der Sprache der Verharmlosung. Es ist doch kein grosses Problem. Frau kann doch einfach über die Grenze fahren. Das sind doch nur zehn Minuten. «Pragmatismus», so das Schlagwort.

Ich will euch sagen, was diese zehn Minuten bedeuten.

Eine Frau in dieser Situation, in diesem Land, kann nicht zur vertrauten Ärztin gehen. Kann nicht sagen: Ich bin schwanger, und ich weiss nicht, was ich tun soll. Kann keine vollständige medizinische Beratung bekommen. Sie recherchiert selbst, nachts, alleine, auf ihrem Handy. Sie findet eine Klinik, übrigens keine davon im Umkreis von 10 Minuten, ruft an, wartet auf einen Termin und wartet nochmals. Sie legt Geld zur Seite, das die Krankenkasse nicht übernimmt. Sie erfindet eine Geschichte für die Arbeit, einen Grund, warum sie diesen Tag braucht. Sie fährt alleine. Und bleibt alleine.

Das sind nicht zehn Minuten. Das sind Wochen stiller Organisation, das ist ein Geheimnis auf Lebzeiten. Auf eigene Kosten. Auf eigenes Risiko. Ohne Netz. Ohne Begleitung. In einem Land, das so tut, als gäbe es das Problem nicht.

Das ist Realität in Liechtenstein 2026. Nicht für alle, aber für zu viele.

Und auch wenn wir das Argument beim Wort nehmen; angenommen, es stimmt: Es sind nur wenige, es ist kein grosses Problem, es geht auch so. Dann frage ich mich ehrlich: Was spricht gegen die Fristenlösung in Liechtenstein? Ich habe keine Antwort gehört, die mich überzeugt.

Wer heute sagt, es sei kein Problem, hat keine Ausrede mehr. Wer bagatellisiert, muss trotzdem Farbe bekennen. Und wer Nein sagt, sagt damit etwas sehr Deutliches. Nicht über das Problem. Sondern über die Haltung zu Frauen und ihrem Recht auf Selbstbestimmung. Über die Frage, wessen Körper in diesem Land zählt.

Ich bitte euch heute nicht um Unterstützung. Ich sage: Positioniert euch. Jetzt. Nicht irgendwann. Jetzt, für die Frauen, um die es heute geht. Für die Mitstreiterinnen, die vor 15 Jahren dasselbe forderten und heute wieder hier stehen. Für die Generationen nach meiner, damit sie in 15 Jahren nicht wieder dieselben Plakate, dieselben Forderungen, dieselbe Last tragen müssen.

Positioniert euch jetzt, wo die Initiative vorliegt. Jetzt, wo die Politik sich damit auseinandersetzen muss. Jetzt, wo man sieht, wer Verantwortung übernimmt und wer sich wegduckt.

Ich wende mich besonders an die, die uns nahestehen. An die Verbündeten, die noch zögern. An die, die im Stillen zustimmen, aber öffentlich schweigen. Ich verstehe eure Bedenken, ich kenne sie. Aber ich sage euch auch: Wer jetzt schweigt, schützt sich. Auf Kosten derer, die es sich nicht leisten können, zu schweigen. Das ist keine Anklage. Das ist die Realität, in der wir uns bewegen. Und ich glaube, dass die meisten von euch das wissen.

Widerstand trifft uns alle. Er trifft uns weniger hart, wenn wir ihm gemeinsam entgegenen. Wer jetzt mit uns steht, hinter und für diese Initiative, schützt nicht nur die Frauen, um die es geht. Er: Sie schützt auch sich selbst. Denn gemeinsam ist die Forderung kein politisches Risiko mehr. Gemeinsam ist sie eine demokratische Aussage.

Venceremos.